

Nord-Süd Info-Dienst



Nr. 101-2009, Juli 2009

Liebe Leserinnen und Leser des Nord-Süd Info-Dienstes,

in dieser Ausgabe stellen wir Ihnen die Reden der Konferenz des **Forums Eine Welt** unter dem Titel „**Global New Deal für das 21. Jahrhundert**“ zur Verfügung, die am 14.5.2009 im Willy-Brandt-Haus Berlin stattfand. Wir hoffen, damit Ihr Interesse zu finden.

Seite 2

Wir brauchen einen Global New Deal!

Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vorsitzende des Forums Eine Welt

Seite 9

Global New Deal für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit

Wolfgang Rhode, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Seite 14

Global New Deal für eine angemessene Vertretung der Entwicklungs- und Schwellenländer

Everton Vieira Vargas, Botschafter der Föderativen Republik Brasilien in Deutschland

Termin:

Forum Eine Welt Saar: „Gerechtigkeit weltweit“

Veröffentlichung der Wählerinitiative

u. a. mit **Heidmarie Wieczorek-Zeul**, **Heiko Maas** MdL, Vorsitzender der SPD Saar, **Ulrich Commerçon** MdL und **Gregor Weber**, Schauspieler

Montag, 24. August 2009, 17.00 Uhr,
Eisenbahnhalle, Streifstr. 3a, 66679 Losheim am See, Saarland

Impressum:

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus,

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Tel: 030 - 25991 - 125 / -357

Fax: 030/ 25 99 15 95

E-Mail: Konstantin.Woinoff@spd.de

Angelika.Mate@spd.de

www.forumeinewelt.de

Redaktion: Konstantin Woinoff, Angelika Máté

ISSN: 1865-4843

Wir brauchen einen Global New Deal!

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vorsitzende des Forums Eine Welt

I. Einleitung

Es ist eine wichtige Zeit, um im Forum Eine Welt zusammenzukommen. Es geht um Wege aus den globalen Krisen. Es geht um einen globalen Systemwechsel: Wir brauchen ein neues und

Regierungen, fehlende Gesundheitsversorgung. Die reichen Länder, nicht die armen, drohen nun die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu gefährden!



nachhaltiges Verhältnis zwischen Markt, Staat und Gesellschaft!

Wir haben die Klimakrise, wir haben die Finanzkrise, wir haben die Wirtschaftskrise, die sich zu einer humanitären Krise auszuweiten droht, wenn wir jetzt nicht handeln. Die Finanzkrise droht 100 Millionen mehr Menschen in Armut zu stürzen, 400.000 Kinder mehr sind vom Tod bedroht.

Die Krise ging von den reichen westlichen Ländern, von den Bank- und Finanzsektoren Krise aus. Reiche Länder zahlen mit Kursverlusten von Wertpapieren und Arbeitslosigkeit. In den armen Ländern aber zahlen die Menschen dafür mit dem Leben. Sie erleben die Bedrohung der Existenz durch Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Absicherung, fehlende Handlungskraft der

Es gibt gerade jetzt vergessene MDGs. Pro Tag enden weltweit mindestens 1500 Geburten für die Mütter mit dem Tod. Keines der globalen Menschheitsziele droht auf so tragische Weise verfehlt zu werden wie die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Neugeborenen! Jede Minute stirbt weltweit eine Frau an den Folgen einer Schwangerschaft oder direkt

bei der Geburt ihres Kindes. Das Sterben unter der Geburt ist in Industrieländern medizinisch weitgehend vermeidbar. Ich will einfach nicht glauben, dass zur Rettung dieser Mütter und Kinder, dass zur Rettung der „Ärmsten Milliarde“ [= Colliers Bottom Billion] dieses Planeten keine ebenso beherzte, keine ebenso kluge Intervention möglich ist!

Im Vergleich zu den Kosten einer Bankenkrise erweisen sich die Kosten für die Entwicklung der Einen Welt als a) sehr gering und b) sehr gut angelegt.

Wir leben in besonderen Zeiten.

Wir müssen jetzt kurzfristig alles tun, dem Verlust von Menschenleben mit all unseren Möglichkeiten Einhalt zu gebieten. Wir müssen jetzt langfristig das Fundament legen für einen Global



New Deal. Wir müssen nun dazu beitragen, dass solche Kapitalverbrechen in Zukunft nicht mehr möglich sind. Alles andere wäre eine Bankrotterklärung unserer Zivilisation!

Den Weg weisen uns die MDGs. Sie sind der Kompass auf dem Weg in eine gerechte Globalisierung! Das Ziel ist die Einbindung nicht nur der G8 oder G20, sondern der G192. Auf dem Weg zum Ziel müssen wir nun nicht alles anders machen als bisher, aber wir haben die Verantwortung, unser Modell einer global und sozial verantworteten Marktwirtschaft nun noch profilierter einzubringen.

II. Was wir versprochen haben

Bereits vor 30 Jahren hat die Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt eine neue, eine gerechtere Gestaltung der Welt gefordert. Zu Beginn unseres neuen Jahrtausends hat die Weltgemeinschaft diesen Gedanken endlich konkretisiert. Dazu zählt unser strukturpolitischer Ansatz bei Fragen der Global Governance. Dazu zählen die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen - die „acht Gebote einer gerechten Globalisierung“, die erstmals messbare Größen und Zeitvorgaben verbindlich gemacht haben.

III. Was wir getan haben

Wir haben auf diesem Weg schon einiges erreicht. Wir stehen zu den Verpflichtungen, die die G8-Staaten im Jahr 2005 in Gleneagles abgegeben haben. Wir stehen zum Stufenplan der EU: bis 2010 müssen wir 0,51 Prozent des Bruttonationalprodukts für Entwicklung ausgeben und bis 2015 0,7 Prozent. Um das zu erreichen, sind innovative Finanzierungsinstrumente unverzichtbar! Seit 2008 setzt die Bundesregierung daher Einnahmen aus dem Emissionshandel für Klimaschutz in Entwicklungsländern ein.

Wir stehen zum Klimaschutz, denn Klimaschutz ist Menschenschutz! Im Bundeshaushalt sind daher insgesamt rund 1 Milliarde Euro für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz in der internationalen Zusammenarbeit enthalten. Wir haben IRENA gegründet, die internationale Agentur für erneuerbare Energien. Ziel von IRENA ist es, die Erneuerbaren in einer weltweiten Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern voranzubringen.

Wir haben durch unser multilaterales Engagement viel in den Bereichen Gesundheit und Bildung bewegt. Allein durch die Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria wurden bisher drei Millionen Menschenleben gerettet. Durch koordinierte Massenimpfungen sanken bei Mätern die Todesfälle zwischen 1999 und 2005 um 60 Prozent. Den größten Erfolg erzielte die Initiative dabei in Afrika. Dort sterben 75 Prozent weniger Kinder an dieser leicht vermeidbaren Infektionskrankheit!

Wir haben bei den Einschulungsraten messbare Fortschritte erreicht. Dies gilt besonders für Afrika, wo nicht zuletzt die Entschuldungsinitiativen die so dringend benötigten Mittel für staatliche Bildungsinvestitionen freisetzen und nun dadurch 30 Millionen mehr Kinder in die Schule können.

Wir haben in der Armutsbekämpfung Erfolge erzielt, etwa dort, wo wir mit dem Ausbau von Mikrofinanzinstrumenten unzähligen Menschen, ganz besonders Frauen, Lebensperspektiven geben. Allein mit deutschen Mitteln werden 50 Millionen Menschen erreicht.



IV. Wo wir stehen:

Aktuelle Gefährdungen der MDG

Aber all diese Erfolge reichen nicht. Schlimmer noch. Sie sind nun gefährdet. Wir müssen mehr tun, und wir müssen Gefahren abwehren.

Die von den USA ausgehende Wirtschaftskrise hat die Entwicklung der Einen Welt zurückgeworfen. Wenn wir nichts unternehmen, wird sich die Situation in vielen Entwicklungsländern dramatisch verschlechtern. Durch die Verkopplung von Ernährungskrise und Finanzkrise müssen bereits jetzt wieder über 1 Milliarde Menschen hungern. Es besteht die Gefahr einer humanitären Katastrophe!

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wird das Wachstum einbrechen. Die Wachstumsprognosen für Entwicklungsländer sind drastisch nach unten korrigiert worden. Besonders verwundbar sind ärmere Länder mit nur wenigen wettbewerbsfähigen Produktpaletten. Direktinvestitionen bleiben aus. Kapital wird abgezogen, Rücküberweisungen von Migranten und Migrantinnen gehen drastisch zurück. Steuereinnahmen sinken. Die Exporte brechen ein. Der Ausbau der Infrastruktur stockt und dringend benötigte Straßen und Krankenhäuser, Kraftwerke und Bewässerungsprojekte bleiben Papier am Reißbrett. Das bedeutet für immer mehr Menschen: kein Schulgeld, kein Arztbesuch, kein Entkommen aus der Armutsfalle. Die Wucht des Systemversagens trifft die schwächsten Staaten, trifft die schwächsten Menschen am härtesten.

Unsere Entwicklungspolitik steht für Werte, die uns wichtig sind: für Solidarität, für Freiheit, für Gerechtigkeit, für Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Das muss sich jetzt bewähren!

V. Global New Deal

Die Bundesregierung hat ein zweites Konjunkturpaket verabschiedet. Mit 50 Milliarden Euro soll der „Pakt für Deutschland“ Kräfte für Wachstum und Beschäftigung freisetzen. Wichtig ist jetzt, dass die Konjunkturprogramme der Industrieländer nicht zu Wettbewerbsverzerrungen oder verstecktem Protektionismus führen.

Da muss aus Sicht der Entwicklungspolitik nachgebessert werden. Darum ist der Vorschlag von Zoellick, 0,7 Prozent des Konjunkturpakets für entwicklungspolitische Ziele einzusetzen, richtig und gerade für eine Exportnation vernünftig.

Wir können aber auf globale Herausforderungen nicht allein mit nationalen oder regionalen Antworten reagieren, sondern wir müssen auch global gestalten. Darum ist es konkret wichtig, Infrastrukturfonds der Weltbank mit 100 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II zu stützen. Nur gemeinsam können wir uns nur aus der Krise retten! Wenn wir also die Interessen der Armen bei unseren Konjunkturprogrammen nicht mitdenken, dann kommt es zu neuen Wettbewerbsverzerrungen, die Millionen von Menschen zusätzlich in Armut zwingen. Hinzu kommt: jeder Prozentpunkt Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums drängt ca. 20 Mio. Menschen zurück in die Armut.

Wir brauchen jetzt ein neues kooperatives Weltmodell, einen Global New Deal.

Bei der Regierungserklärung im Bundestag habe ich dazu die entscheidenden Punkte benannt. Das 8. Millenniums-Entwicklungsziel verpflichtet uns auf globale Partnerschaft. Im Rahmen meiner Mitarbeit in der Stiglitz-Kommission der VN sind wir dabei, konkrete Vorschläge zur politischen Umsetzung für einen Global New Deal auszuarbeiten.



Ich will die entscheidenden Punkte nennen, mit denen wir nun den Global New Deal für die Eine Welt voranbringen müssen.

1. Gerechte und handlungsfähige Institutionen schaffen!

- Ein neuer weltweiter Ordnungsrahmen in Form eines Globalen Rates der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik: das ist eine zentrale Forderung unseres Hamburger Grundsatzprogramms.
- Ganz konkret heißt das, um nur ein Beispiel zu nennen, dass der Rat in seiner Koordinierungsfunktion dafür sorgen müsste, dass die Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation und die Regeln der Welthandelsorganisation in Einklang gebracht werden.
- In diesen neuen globalen Strukturen müssen Entwicklungsländer wirkliche Mitsprache haben.
- Doch die Einrichtung eines solchen Rates braucht Zeit und stößt auch bei manchen auf Widerstand. Wir sollten deshalb in der Zwischenzeit ein Globales Panel für Wirtschafts- und Sozialfragen ins Leben rufen. Muster dafür sollte das Globale Panel für Klimawandel (IPCC) sein, mit dem wir sehr gute Erfahrungen gemacht haben.
- In einem solchen Expertenpanel sollen der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft verstärkt und die Kapazität der Internationalen Organisationen für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen gestärkt werden.
- Später einmal könnte das Panel dem Weltwirtschafts- und Sozialrat beratend zur Seite stehen.

- Entscheidend: Lösung globaler Aufgaben muss im Rahmen der Vereinten Nationen gelingen. Ungenügend bleibt jeder Ansatz, der 172 Länder außen vor lässt. Insofern bleibt der G20-Gipfel in London nur ein erster Schritt.
- G20 repräsentieren lediglich einige wenige Staaten. So ist zum Beispiel unser Nachbarkontinent Afrika mit seiner 1 Milliarde Menschen nicht vertreten.
- Ich begrüße die getroffenen Maßnahmen - etwa in den Bereichen Regulierung, Steuerhinterziehung, Handel und Ressourcenausstattung der Bretton Woods Institutionen.
- Aber das reicht nicht. So sind etwa die beschlossenen zusätzlichen Kredite nicht konzessionär, viele Niedrigeinkommensländer somit ausgeschlossen. So legt man die Basis für die nächste Schuldenkrise - und genau das müssen wir verhindern. Zuschüsse sind politisch und ökonomisch vernünftiger als neue Schulden.
- Deshalb bleibt die VN der einzige legitime Ort für eine kooperative Weltpolitik.

2. Neue Regeln für die Weltfinanzmärkte!

- Globalpolitik stärken heißt im Kontext von Finanz- und Wirtschaftskrisen: wir brauchen einen Globalen New Deal, einen neuen globalen Pakt, der das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Markt neu ausbalanciert. National wie international.
- „Koordiniertes Handeln ist unverzichtbar“ - so lautet eine Forderung aus unserem nationalen Konjunkturprogramm. Das gleiche gilt international:



- Wir brauchen einen verlässlichen Ordnungsrahmen für die weltweiten Finanzmärkte. Wir brauchen globale Regeln, die dem Kasino-Kapitalismus ein Ende setzen, die Steueroasen austrocknen, Kapitalflucht verhindern, Transparenz schaffen.
- Es darf keine aufsichtsfreien Räume mehr geben!
- Auch in diesem Sinne müssen wir dazu beizutragen, die in der Doha-Erklärung Anfang Dezember 2008 vereinbarte VN-Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer zu einem Erfolg zu machen!

3. Ein globales Konjunkturprogramm für die Ärmsten der Welt!

- Ein konkretes Konjunkturprogramm zugunsten der ärmsten Länder war Thema bei den Frühjahrstagungen von IWF und Weltbank!
- Die Entwicklungsländer brauchen jetzt massive Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherung, in Klimaschutz, in Erneuerbare Energien ebenso wie in Infrastruktur.
- Es ist wichtig, auch die ölfördernden Länder in unsere Aktionen einzubeziehen.
- Wir haben innerhalb der Weltbank rasch Mittel mobilisiert: Die IBRD (=International Bank for Reconstruction and Development) wurde umgehend in die Lage versetzt, ihr jährliches Ausleihvolumen auf rund 30 Milliarden USD zu verdreifachen. Damit stünden zu günstigen Konditionen insgesamt etwa 100 Mrd. USD zur Verfügung.
- Zur Überbrückung von Engpässen wird die IDA (=International Development Association) über

ihre Financial Crisis Response Fast Track Facility den ärmsten Entwicklungsländern vorzeitig Zuschüsse oder niedrig verzinsliche Kredite im Umfang von 2 Milliarden USD bereitstellen.

- Wir wissen, dass die Nahrungsmittelpreise auf hohem Niveau verharren werden. Bis Mai 2009 werden wir den von Hunger bedrohten Ländern daher im Rahmen des Global Food Response Program insgesamt 1,16 Mrd. USD zur Verfügung stellen.
- Hauptziele bei den Maßnahmen des IFC (=International Finance Cooperation) sind die Rekapitalisierung von Banken und Mikrofinanzinstitutionen in Entwicklungsländern, die Abfederung von Marktrisiken bei den so überlebenswichtigen Handelsprogrammen der Entwicklungsländer sowie der Ausbau von Beratungsdienstleistungen, um die Widerstandsfähigkeit der besonders betroffenen Staaten zu stärken.

- Aber auch der IWF muss durch seine Hilfe bewirken, dass Entwicklungsländer nicht zu prozyklischem Verhalten gezwungen werden.

4. WTO-Runde abschließen

- Die Krise darf nicht zu Protektionismus führen!
- Wir können mit dem Abbau der Einfuhrzölle unmöglich bis 2013 warten! Die „Everything but Arms“-Initiative der EU, die den ärmsten Ländern bereits heute uneingeschränkten Zugang zu den Märkten der EU einräumt, muss dringend auf weitere Mitgliedsstaaten der WTO ausgedehnt werden.
- In diesem Zusammenhang begrüße ich den Vorschlag von WTO-Generaldirektor Lamy,



im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde zu prüfen, ob das Vorziehen von Verhandlungsergebnissen bei den Themen, die für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung sind - wie Baumwolle, zoll- und quotenfreier Marktzugang (sogenannte early harvest) - möglich ist.

- Die Wiedereinführung von EU-Exportsubventionen ist hier natürlich das vollkommen falsche Signal!

5. Grünen New Deal umsetzen!

- Klimaschutz ist Menschenschutz!
- Wenn wir über eine neue kooperative Weltordnung reden, müssen Entwicklungspolitik und Klimaschutz Hand in Hand gehen.
- Dies ist vor allem eine Frage globaler Gerechtigkeit. Denn diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, werden am härtesten getroffen.
- Mit dem Instrument des Emissionshandels ist Deutschland weltweit Vorreiter. Deshalb müssen wir dieses Instrument, auch mit Blick auf die Kopenhagener Klimakonferenz, ausbauen.
- Der Umbau der Finanzarchitektur muss Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigen.

6. Frauen fördern!

- Global New Deal muss Gender-Perspektive haben!
- 70 Prozent der extrem armen Menschen weltweit sind Frauen.

- Sie arbeiten mehrheitlich in export-orientierten Sektoren wie dem Textilsektor. Frauen produzieren bis zu 80 Prozent aller Grundnahrungsmittel in Afrika südlich der Sahara. Finanz- und Wirtschaftskrise treffen sie deswegen besonders hart.

- Das heißt: das Maßnahmenpaket gegen die Finanzkrise muss geschlechtergerecht gestaltet sein!

7. Zivilgesellschaft einbeziehen!

- Ein neues Weltmodell muss Staat, Zivilgesellschaft und Markt in ein neues Verhältnis setzen.
- Ein kooperatives Weltmodell bedeutet auch, dass wir unsere Beiträge, national wie international, im Sinne der Konferenzen von Paris und Accra auch mit dem Ziel einer vernünftigen Arbeitsteilung noch besser abstimmen und kanalisieren! Und so aus jeder Investition maximalen Nutzen für die Menschen ziehen.
- Das heißt nicht zuletzt: mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern: Die Zivilgesellschaft muss den Globalen Deal mitgestalten. Nur so kann er gelingen!

8. ODA-Verpflichtungen erfüllen!

- Spätestens seit der Wirtschaftskrise ist klar, wie zentral die entwicklungspolitische Forderung ist, die Globalisierung gerecht zu gestalten.
- Der erste Schritt zur Gerechtigkeit, das ist für mich die Einhaltung unserer Zusagen. Darunter auch die Umsetzung des EU-Stufenplans zur Entwicklungsfinanzierung.



- Die Krise, die sich nun über mindestens ein Jahr ziehen wird, darf keinesfalls als Vorwand genutzt werden, um sich hier aus der Verantwortung zu stehlen.
- Gerade jetzt dürfen wir den Abbau errungener Sozialsysteme und demokratischer Strukturen nicht hinnehmen!
- Wie wollen wir in den Industriestaaten den armen Ländern erklären, dass wir unseren Finanzanteil für globale Entwicklung nicht „stemmen“ können, wenn gleichzeitig drei- und vierstellige Milliardenbeträge mobilisiert werden können, um den Finanz- und Bankensektor zu retten?
- Gerade jetzt ist die Glaubwürdigkeit unserer Zusagen entscheidend.
- Es besteht die Gefahr in manchen Ländern, dass die Wirtschaftskrise zur Krise der Demokratie wird und reaktionärem Populismus Auftrieb verschafft.

VI. Schluss

In diesem Jahr feiern wir in Deutschland ein doppeltes Jubiläum: 60 Jahre Staatsgründung und 20 Jahre deutsche Einheit. Zeit also für Dankbarkeit. Und Zeit für Bilanzen. Gerade in Krisen-Zeiten möchte ich daher als Entwicklungspolitikerin, auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, daran erinnern:

- Menschen können viel bewegen!
- Politik kann viel bewirken!
- Not und Leid können überwunden werden!
- Durch gemeinsame Ziele und gemeinsame Anstrengungen!
- Durch gemeinsame Werte, durch gegenseitiges Vertrauen!

Entwicklungspolitik ist Teil der Identität unserer Republik geworden! Darauf können wir stolz sein!

Die Veränderungen in Deutschland - Frieden, Wohlstand und Zukunftssicherung - waren nur als Teil europäischer und globaler Veränderungsprozesse denkbar!

Diese globalen Veränderungsprozesse haben durch den neuen amerikanischen Präsidenten Obama neuen Schwung erhalten. Greifen wir daher aktiv die Perspektiven auf, die Barack Obama in seiner Amtseinführung aufgezeigt hat!

Ich danke allen, die sich für eine gerechte, solidarische Gestaltung unserer Welt, d.h. für die Verwirklichung der Menschenrechte, einsetzen.

Jetzt können wir gemeinsam viel bewirken – wenn wir wahrnehmen, was die Menschen in Not und Armut weltweit brauchen und wenn wir den Mut haben, neue globale Strukturen gemeinsam zu schaffen!

Global New Deal für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit

Wolfgang Rhode, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Einleitung

Der Neoliberalismus ist sowohl politisch als auch wirtschaftlich gescheitert - diese Annahme übersieht einen entscheidenden Punkt. Die bisherigen Profiteure werden ihre Interessen nicht sang- und klanglos preisgeben.

Zwar haben die politischen und ökonomischen Eliten für einige Zeit den Mund nicht mehr so voll genommen und sich auch mal im öffentlichen Selbstzweifel geübt. So ließ sich beispielsweise im März des letzten Jahres Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann mit den Worten zitieren, er "glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte." Das ist jener Ackermann, der jüngst mitteilte, unverändert am Ziel einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent festhalten zu wollen. „Das ist auch ohne großes Risiko möglich“, so der Deutsche-Bank-Chef (5. Mai 2009): Nichts verstanden!

Aber daran sieht man, es ist eben noch keine wirkliche Zeitenwende, wenn Manager mal vom „Auch Märkte können irren“ sprechen und dabei die Sozialisierung der Verluste bei Beibehaltung der privaten Aneignung der Gewinne im Auge haben. Und es ist mir oft auch zu einfach, wenn viel zu viele Politiker sich jetzt über die Finanzmärkte empören, denen sie vor gar nicht all zu langer Zeit parlamentarisch den Weg bereitet haben.

Für mich komme ich zu dem Schluss, dass der Finanzmarktkapitalismus noch längst kein Fall für die Geschichtsbücher ist. Im Gegenteil, wir

werden uns weiterhin mit ihm auseinandersetzen müssen. Ausdrücklich begrüße ich es, dass unter dem Slogan Global New Deal für das 21. Jahrhundert der Versuch eines alternativen Weges unternommen werden soll.

2. Krise und die Folgen in Deutschland und der Welt

Die Krise ist jetzt in den Betrieben angekommen, die Berichte aus den Verwaltungsstellen der IG Metall ähneln sich. Nahezu alle Teilbranchen der Metallindustrie haben einen massiven Einbruch bei den Aufträgen zu verzeichnen, die Produktion geht zurück. Mit flexiblen Arbeitszeitregelungen und auch mit Kurzarbeit wird auf diesen Nachfragerückgang reagiert. Hinzu kommen Probleme bei der Unternehmensfinanzierung, bei vielen Unternehmen geht es schlicht um die Sicherung der Substanz.



Auch die Arbeitgeber bereiten sich vor. Aus mehr und mehr Unternehmen ist zu hören, dass die Arbeitgeber die Beschäftigten auf die



Straße setzen wollen. Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern, diese ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften stellt sich durch die Krise mit einer neuen Radikalität. Niemand weiß, wie lang und wie einschneidend der wirtschaftliche Niedergang sein wird. Die Halbwertszeit von Prognosen hat sich in der letzten Zeit massiv verkürzt. Wie dem auch sei, wir sind fest entschlossen, keine Entlassungen als politisches Ziel durchzusetzen.

Dabei ist uns bewusst, ausschließlich einzelbetrieblich lässt sich diese Krise nicht bewältigen. Die Regierungen müssen ihrer wirtschafts- und besonders ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung gerecht werden. Es ist heute nicht der Ort bzw. die Zeit, um unsere Anforderungen an ein drittes Konjunkturpaket auszuschmücken.

Festhalten möchte ich, es ist von der Regierung längst noch nicht alles getan worden,

- um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und
- um neue Beschäftigung in ökologischen und sozialen Bedarfsweldern entstehen zu lassen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften sind überall mit der Krisenbewältigung gefordert. In dieser Situation sind wir aber auch gefordert, unserem gewerkschaftlichen Anspruch an internationale Solidarität gerecht zu werden. Es ist unser ureigenster Job, Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, aber wir müssen immer auch über den Tellerrand hinausschauen.

3. Eigene Hausaufgabe – Wie weiter als Exportweltmeister?

Das müssen wir schon deshalb tun, weil die deutsche Industrie wie kaum eine andere von der Globalisierung auf den Gütermärkten profitiert hat. Jedes Jahr steht es wieder in Zeitungen: Deutschland ist Exportweltmeister.

Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts stiegen die Exporte um 70 Prozent. Kein anderes Land mit Ausnahme des deflationsgeplagten Japan hängt so stark vom Weltmarkt ab. Doch was lange als Stärke gefeiert wurde, erweist sich jetzt als Problem.

Im Sinne des globalen New Deals ist zu fragen, ob unser Exportmodell noch tragfähig ist. Dazu zwei Anmerkungen:

Erstens: wenn es stimmt, dass die USA als Motor künftig ausfallen werden, werden stark exportorientierte Länder wie China, Japan und Deutschland nicht an einer Umstellung ihres Wirtschaftsmodells vorbeikommen. Schon deshalb werden wir uns auf ein neues Gleichgewicht zwischen außen- und binnenwirtschaftlicher Entwicklung einstellen müssen. Wir sind nicht bereit, über Lohndumping Wettbewerbsvorteile zu erzielen, und das werden die Gewerkschaften auch nicht mitmachen. Wachstumspotenziale müssen vor allem auf dem Binnenmarkt erschlossen werden, da gibt es eine Menge zu tun.

Zweitens: Was sich gesamtwirtschaftlich als richtige Aussage erweist, wird mit Blick auf die spezifische Produktstruktur mit dem Schwerpunkt der Investitionsgüterindustrie in Deutschland schon schwieriger. Kraftwerkstechnologien und Großanlagen, diese Produkte hiesiger Maschinenbauer werden weltweit geschätzt; eine reine Ausrichtung auf den Binnenmarkt würde für diese und andere Branche viel zu kurz greifen. Es zeigt uns, dass die Forderung nach ausgeglichenen Handelsbilanzen politisch geboten ist, aber je konkreter eine Antwort ausfallen soll, desto schwieriger ist manchmal deren Beantwortung.



Mit diesem makro- und sektorspezifischen Betrachtungen will ich den Spannungsbogen verdeutlichen. Ich meine, an diesem Punkt lohnt sich die vertiefende Debatte. Gerade für die IG Metall wird das vielleicht nicht leicht, dennoch wollen wir uns diesem Punkt stellen.

New Deal heißt für mich, auch neu nachzudenken und zu hinterfragen.

4. Handlungsfelder in Europa und der Welt

Ich möchte betonen, dass in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern die Beschäftigten viel unmittelbarer zu Opfern der Krise werden. Nach Schätzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes droht über 200 Millionen Arbeitnehmern wegen fehlender sozialer Sicherungssysteme der Absturz in extreme Armut. Die Zahl der arbeitenden Armen, die weniger als 2 Dollar am Tag verdienen, könnte auf 1,4 Milliarden Menschen ansteigen. Die viel zu bescheidenden Erfolge bei der Bekämpfung der Armut drohen durch die augenblickliche Krise zunichte gemacht zu werden. Zudem zeigt sich, dass die Orientierung zur Finanzdisziplin von Seiten der globalen Finanzinstitutionen vielen Entwicklungsländern die Hände bei der Krisenbekämpfung bindet. Das verweist auf das Kernproblem der im zweifachen Sinne einseitigen Globalisierung. Einseitig deshalb, weil die ökonomische der politischen Globalisierung meilenweit voraus ist und auch einseitig deshalb, weil die bestehenden internationalen Wirtschaftsinstitutionen zu sehr dem neoliberalen Dogma aus Privatisierung und Deregulierung verpflichtet sind.

Auf unserem Gewerkschaftstag haben wir uns dazu bekannt, die Globalisierung sozial gerecht gestalten zu wollen.

Einleuchtend ist mir, dass wir neben dem UN-Sicherheitsrat ein gleichwertiges Gremium

brauchen, das für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit zuständig ist. Neben der konkreten Struktur kommt es an dieser Stelle auf den roten Faden an.

Um die globale Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, muss schnell und wirksam gehandelt werden. Im Vordergrund muss die Bekämpfung von Hunger und Ungleichheit stehen. Auf dem Weg dorthin muss es bei der Krisenbekämpfung um etwas gehen, was ich einen weltweiten Pakt für gute Arbeit nennen würde.

Dafür gehört für mich:

- bestehende Arbeitsplätze zu sichern und durch öffentliche Zukunftsinvestitionen und aktive Arbeitsmarktpolitik neue Beschäftigung zu schaffen.
- Gerade die am wenigsten geschützten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigen, wie wichtig jetzt der Aufbau sozialer Sicherungssysteme ist.
- Die ökologische Modernisierung macht deutlich, dass neue zusätzliche Arbeitsplätze und die Bewältigung der ökologischen Krise sich nur zusammen bewältigen lassen.
- Sicher brauchen gerade die Entwicklungs- und Schwellenländer die notwendigen Mittel und den politischen Rahmen, um eine antizyklische Politik betreiben zu können.
- Zudem muss die Internationale Arbeitsorganisation aufgewertet werden und die Gewerkschaften müssen stärker am Aufbau weltweiter Strukturen für eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden.

In diesem Raum erfährt die Forderung der IG Metall, die Mittel für die Entwicklungszusam-



menarbeit auf die berühmten 0,7 Prozent anzuheben, sicher keinen Widerspruch. Und auch bei der Handelspolitik gibt es sicher eine gemeinsame Haltung, wenn wir eine faire Welthandelsordnung schaffen wollen.

Ende Mai werden die Metallgewerkschaften zu einem großen Kongress zusammentreffen, mit Blick auf die Handelsabkommen haben wir im Vorfeld diskutiert und festgestellt:

Die Regierungen nehmen keine Rücksicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Aussagen über Beschäftigung und Entwicklung sind nicht mehr als Lippenbekenntnisse. Wir sagen: Sozial- und Umweltstandards müssen bindend eingehalten werden, es sind Sanktionen nötig, wenn Mindeststandards missachtet werden. Auch die Unternehmen selbst müssen stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit. Statt sich wie manches Unternehmen für die Einhaltung von bestehenden ILO-Normen feiern zu lassen, setzen wir auf klare Regeln und bei Nichteinhaltung auch auf Sanktionen.

Neben der globalen Ebene geht es nicht zuletzt auch um ein solidarisch erneuertes Europa. Unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen haben wir gerade in einem europapolitischen Memorandum vorgelegt. An dieser Stelle nur soviel: Der marktliberale Integrationskurs hat Europa in eine Legitimationskrise manövriert. Um darauf zu antworten, ist vielmehr nötig als die kurz vor Europawahlen auftauchende Floskel, dass Europa sozialer werden müsse - und dann bleibt alles wie gehabt.

Die Menschen haben ein feines Gespür eine folgenlose Rhetorik.

5. Ein Dach für den sozialen Fortschritt.

Ein Global New Deal für das 21. Jahrhundert als programmatische Antwort auf den Doppelpack

von Finanzmarktkrise und globalem konjunkturellen Niedergang verdient die Aufmerksamkeit auch der Gewerkschaften.

Denn wir müssen unseren vielen guten Forderungen, sei es für

- die Regulierung der Finanzjongleure,
- die Austrocknung von Steueroasen oder aber
- für mehr soziale Gerechtigkeit

ein verbindendes Dach geben.

Als Spezialisten und Fachleute neigen wir manchmal dazu, ausgefeilten Detailvorschlägen eine zu große Überzeugungskraft beizumessen. Zur Wahrheit gehört aber, dass durch Fachbegriffe häufig nur die Köpfe einer kleinen Gruppe von Experten angesprochen werden. Uns muss es aber um den Kopf, den Bauch und das Herz von möglichst vielen gehen, wenn wir den Weg hin zu mehr Solidarität innerhalb und zwischen den Staaten frei machen wollen.

New Deal, daran lässt sich mit Blick auf die USA der 1930er Jahre anschließen. Das war nichts, was einfach per Regierungsdekret beschlossen und dann umgesetzt wurde, vielmehr waren damit soziale Auseinandersetzungen verbunden und die richtige Seite hat sich durchgesetzt.

Für einen neuen Deal im globalen Maßstab kommt es auf Bewegung an. Viele Akteure werden dazu gebraucht, jeder muss seinen Beitrag bringen. Von Globalen Sozialen Rechten sprechen viele NGOs im Norden und im Süden.

Unseren Beitrag für einen globalen New Deal haben wir unter das Dach „Gemeinsam für ein gutes Leben“ gestellt.



Uns geht es um gute Arbeit und um gutes Leben.

In diesen Tagen haben wir uns als Gewerkschaften in Europa vorgenommen, unsere Position auf die Straßen zu tragen. Gewerkschaften demonstrieren in Madrid, Brüssel, Prag und Berlin.

Unsere gemeinsame Botschaft lautet:

- Die Krise nachhaltig bekämpfen.
- Wir wollen einen Sozialpakt für Europa!
- Die Verursacher müssen zahlen.

Ich wäre froh, wenn sich die eingangs erwähnten Zweifel an der Tatsache, dass der Neoliberalismus ad acta gelegt werden kann, bald verflüchtigen würden.

Global New Deal für eine angemessene Vertretung der Entwicklungs- und Schwellenländer

Everton Vieira Vargas,

Botschafter der Förderativen Republik Brasilien in Deutschland

Zunächst möchte ich Frau Bundesministerin Wieczoreck-Zeul für die Einladung zur Konferenz „Global New Deal für das 21. Jahrhundert“ danken. Es ist den Organisatoren hoch anzurechnen, dass sie einer angemessenen Repräsentanz der Entwicklungs- und Schwellenländer im Zuge der aktuellen Krise und dem damit verbundenen historischen Wandel eine solch hohe Bedeutung beigemessen haben.

Die Krise, die wir zurzeit durchleben, wurde insbesondere durch die mangelnde Liquidität der Banken in den Industrieländern verschärft. Die Krise weist ganz eigene Charakteristika auf, u.a. einen flächendeckenden, d.h. länderübergreifenden, durch Kreditknappheit bedingten wirtschaftlichen Abschwung, der unmittelbar von einem vertikalen Rückgang der Produktion gefolgt wurde. Die Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum und Ausweitung des internationalen Handels sind in weitere Ferne gerückt. Dieser konjunkturelle Einbruch hat alle Länder gleichermaßen stark betroffen.

Finanzkrisen sind in Lateinamerika kein unbekanntes Phänomen. Bereits in den 1980er und 90er Jahren sowie 2001-2002 erlebte Lateinamerika schwere Finanzkrisen. Derzeit leidet

die Region unter der Rezession in den USA, sinkender Nachfrage, rückläufigen Exporten sowie dem erschwerten Zugang zu den Kapitalmärkten. Die seither von den Finanzinstitutionen empfohlenen Lösungswege haben die Armut und inneren Ungleichgewichte noch weiter verschärft und in vielen betroffenen Ländern den produktiven Sektor zerstört, etwa durch das Postulat, den Staat von seiner Verantwortung im Zusammenhang mit der Produktion vollends zu entbinden. Gleichzeitig wurde der Markt zum geeigneten Werkzeug erklärt, um den Anforderungen des Wettbewerbs zu entsprechen und die nationalen Volkswirtschaften in den



Prozess der Globalisierung einzubinden. Jedoch stand die Herrschaft des Marktes mit dem Handelsprotektionismus und den damit verbundenen Subventionen im Widerspruch, die wiederum Ineffizienz Vorschub leisten, einigen wenigen zum

Vorteil gereichen, den meisten Produzenten und Verbrauchern schaden und einen hohen moralischen Tribut fordern, da sie Arbeitsplätze zerstören und eine gerechtere Verteilung der Reichtümer verhindern. Wenn die Krise zwar dazu beigetragen hat, einzugestehen, dass es ein Fehler war zu glauben, dass der Markt alles kann, so hat sie es doch leider nicht vermocht, die notwendigen Impulse zur Abschaffung der



Subventionen und protektionistischen Maßnahmen zu geben. Dieses Szenario hatte fatale Konsequenzen für die Länder, die das Postulat der Liberalisierung für bare Münze genommen haben. Diese Empfehlungen haben nicht zu wirtschaftlichem Wachstum beigetragen, sondern im Gegenteil eine Dynamisierung und Modernisierung des produktiven Sektors verhindert sowie soziale Ungleichheit und Armut vertieft.

Die aktuelle Krise hat also tiefere Wurzeln und geht weiter in die Vergangenheit zurück. Neu an ihr ist heute, dass ihr Epizentrum in den Industrieländern liegt, in den gleichen Ländern, die in den achtziger und neunziger Jahren auf der Liberalisierung als einzigem Weg bestanden, das den Entwicklungsländern Kredite sowie wirtschaftliche und technologische Hilfe sichern würde. Die Krise setzte die internationale Finanzarchitektur - und damit nicht nur die multilateralen Institutionen, sondern auch die Struktur und Funktionsfähigkeit der Banken – außer Gefecht und ging damit weit über den rein wirtschaftlichen Bereich hinaus: Sie stellt damit die gesamte organisatorische Struktur der internationalen Beziehungen auf die Probe. Diese Struktur ist vornehmlich von zwei grundlegenden Charakteristika gekennzeichnet: einer fehlenden Hierarchie der beteiligten Länder aufgrund des Primats der souveränen Gleichheit der Staaten, und zweitens der Notwendigkeit eines normativen und institutionellen Regelwerks, das von allen gleichermaßen angenommen wird, damit diese Anarchie im griechischen Sinne des Wortes von einem Mechanismus der friedlichen Konfliktlösung flankiert werden kann. Ob diese Regeln für die Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit, die Bekämpfung der Armut, die Förderung wirtschaftlichen Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen geeignet sind, wird von den

Entwicklungsländern bereits seit langem in Frage gestellt.

Daher scheint es mir angebracht, über einen „Global New Deal für eine angemessene Vertretung der Entwicklungs- und Schwellenländer“ zu diskutieren. Drei Fragen halte ich im Rahmen dieser Debatte für fundamental:

- Wie soll die Globalisierung gelingen, wenn zwischen den Staaten und gesellschaftlichen Systemen nach wie vor schreiende Unterschiede bestehen?
- Was wird heute unter dem Begriff „New Deal“ verstanden?
- Was bedeutet „New Deal“ im Lichte der internationalen Zusagen und Verpflichtungen der Staaten sowie der Rolle der internationalen Organisationen?

Früher wurde der Begriff des „Globalen“ als geographische Größe verstanden, d.h. als alles, was über Ländergrenzen hinausging. Heute jedoch schließt der Begriff Werte, Verhaltensweisen, Regeln, Interessen und Machtfaktoren mit ein. Die Vorstellung einer globalen Ordnung erfordert eine Neubewertung der in der internationalen Gemeinschaft vorherrschenden Anarchie unter Berücksichtigung der Herausforderungen, denen sich alle gegenübersehen. Vor 40-50 Jahren wandelte man bei der Diskussion des Klimawandels noch auf den Pfaden der Science Fiction. Debatten über Abrüstung und Nicht-Verbreitung waren exklusiv den Nuklearstaaten vorbehalten. Wenn man auf die Gefahr der Verbreitung von Infektionskrankheiten hinwies, so begab man sich auf verbotesmedizinisches Terrain, auf dem sich nur die lokal Betroffenen bewegen durften. Und sich schließlich eine globalisierte Wirtschaft vorzu-



stellen bedeutete, die in der polarisierten Welt des Kalten Krieges vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Paradigmen anzuzweifeln. Heute haben all diese Themen, sowie andere wie Menschenrechte, Rassismus und geistiges Eigentum, einen festen Platz in der Tagespresse sowie an den Orten, wo Entscheidungen erörtert, getroffen oder – und das ist nicht so selten – nicht getroffen werden.

Trotz der innerhalb und zwischen Gesellschaften weiter fortbestehenden Asymmetrien nehmen diese Herausforderungen an Bedeutung zu und erfordern umgehend Lösungen. Diese wiederum können interdisziplinär angegangen werden: Niemand verfügt über Patentrezepte, und die unterschiedlichen Lösungsvorschläge variieren je nachdem, wie die jeweilige Gesellschaft für die Entstehung der neuen Herausforderungen verantwortlich bzw. von diesen betroffen ist. Die Suche nach diesen Lösungen ist trotz der sachlichen spezifischen Problematik jeder Einzelfrage ein politischer Prozess.

Eine Differenzierung zwischen Entwicklungsländern und Schwellenländern bedeutet nicht etwa, dass letztere ihre Defizite in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung überwunden hätten. Diese Unterscheidung unterstreicht lediglich, dass einige Entwicklungsländer zwar wirtschaftliche, soziale und technologische Fortschritte erzielt und ihre Präsenz auf internationaler Ebene gestärkt haben, ohne jedoch soziale Gerechtigkeit erreicht zu haben. Ihre Schwachpunkte prägen in hohem Maße ihre Beteiligung an internationalen Debatten und Entscheidungsprozessen. Deshalb wäre es falsch, sie auf derselben Ebene wie die entwickelten Länder einzustufen.

Aus den Bewertungen der Krise geht eindeutig hervor, dass Governance-Standards sowie

die institutionelle Struktur der internationalen Ordnung diverser Änderungen bedürfen. Das Vorgehen der G-20 hat gezeigt, dass die sieben großen Industrieländer zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft die Entwicklungsländer brauchen, die aus den formalen Entscheidungsprozessen der internationalen Instanzen ausgeschlossen sind. Die besagten Änderungen müssen natürlich auf ihre Legitimität hin überprüft werden. Kennzeichnend für die aktuellen Herausforderungen ist, dass man sich über ihre genaue Natur nicht genau im Klaren ist noch beurteilen kann, ob die angepriesenen Lösungsansätze rechtzeitig zur Anwendung kommen und effektiv sein werden. Bei einer korrekten Einschätzung der Chancen sowie der Ursachen der instabilen Weltwirtschaftslage ist zu berücksichtigen, dass nicht sicher davon ausgegangen werden kann, dass die Menschen bei der Reaktion auf Anreize oder bei der Beurteilung der Welt als Ganzes die notwendige, angezeigte Rationalität an den Tag legen. Unsicherheit kennzeichnet nicht nur sehr deutlich die Art, wie mit menschlichen Entscheidungen – etwa in der Wirtschaft – umgegangen wird, sondern auch die Einschätzung, ob und inwieweit die Umwelt den vorherrschenden Produktions- und Konsumstandards standhalten können. Die Auflösung dieser wissenschaftlichen Unwägbarkeiten erlaubt jedoch keinen Aufschub. Wissenschaftlich weist alles darauf hin, dass bei einem Ausbleiben einer drastischen Verminderung der Treibhausgasemissionen und eines entschlossenen staatlichen Handelns in der Finanzkrise irreversible Schäden entstehen werden. Deshalb ist es erforderlich, bei Zeiten Entscheidungsprozesse auf interner wie intergouvernementaler Ebene vorwegzunehmen, in dem Verhaltensmuster und geltende Bestimmungen neu überdacht werden. Jedoch gilt es zu bedenken, dass eine zu pauschale Umsetzung dieser präventiven Haltung in der Praxis dazu



führen kann, dass zwischenstaatliche Asymmetrien betont, dass Wirtschaftszweige vom Außenhandel abgeschottet und dass die wirtschaftlichen und sozialen Stützpfeiler erschüttert werden, die für die Sicherung nachhaltigen Wachstums notwendig sind. Angesichts der überdeutlichen Asymmetrien zwischen ihren Mitgliedern war es für die internationale Gemeinschaft als Ganzes bisher schwer, zu Entscheidungen zu gelangen, die tatsächlich zu einem Umdenken sowie zu einer Veränderung der staatlichen Verhaltens- und Handlungsmuster hätten führen können.

Der zweite Punkt bezieht sich auf den „New Deal“. Die Frage ist, ob der Begriff ein Notprogramm bezeichnet, das durch das Ausmaß und die unsichere Prognose der aktuellen Krise notwendig wurde, oder ob er auf Reformen zielt, die auf Effizienz, Legitimität sowie die Repräsentativität der Verträge sowie der Institutionen beruhen, die für die Umsetzung besagter Verträge verantwortlich sind. Wenn es also in erster Linie um die Implementierung eines Notprogramms geht, das sich an Präsident Roosevelts Maßnahmen zur Eindämmung des konjunkturellen Einbruchs durch die Krise 1929 orientiert, sei daran erinnert, dass die Meinungen darüber weit auseinandergehen, ob der „New Deal“ Roosevelts tatsächlich für den Ausgang der USA aus der Krise effektiv war. Die Idee eines Notprogramms jedoch scheint heute von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein.

Es ist wichtig, die politischen und institutionellen Voraussetzungen zu schaffen, damit die tatsächlichen Ursachen der aktuellen Krise sich nicht wiederholen können. Dies erfordert ein Überdenken der herrschenden Machtverhältnisse. Die Umsetzung von internationalen Regeln, Normen und Abkommen sind

in eine politische, wirtschaftliche, kulturelle, militärische und technologische Struktur eingebunden, die der aktuellen Position der einzelnen Staaten in keiner Weise mehr gerecht wird. Andererseits sind es genau diese Regeln, Normen und Abkommen, die internationale Beziehungen kalkulierbar machen und Entscheidungen legitimieren.

Wir stehen heute vor einem ambivalenten Phänomen: die ungleiche Verteilung der Macht, die zu Asymmetrien führt, und der Machterwerb, der die Legitimität der Regeln und Institutionen beeinträchtigt, von denen die zwischenstaatlichen Beziehungen geregelt werden. Gleichzeitig gehen die Akteure, die im Besitz der Macht sind, mit dieser äußerst unterschiedlich um. Dies ist natürlich nichts Neues, jedoch ist diese Diskrepanz von zentraler Bedeutung bei jeglicher Reform des derzeitigen politischen Systems. Einige Staaten beispielsweise, die bis vor wenigen Jahren vorgaben, eine revolutionäre Botschaft für die internationale Gemeinschaft bereitzuhalten, verfallen heute, wenn ihre Interessen auf dem Spiel stehen, auf ähnliche Handlungsmuster wie die traditionellen Großmächte. Die wachsende Integration und Vernetzung der Gesellschaften untereinander, die für die Globalisierung charakteristisch sind, beeinträchtigen die Machtverhältnisse und haben einen enormen Einfluss auf die Art, wie die jeweiligen Lösungen für die aktuellen Herausforderungen wahrgenommen werden. Durch diesen Einfluss wird jedoch die Bedeutung der nationalen Interessen innerhalb dieser Lösungswege erheblich zurückgedrängt.

Die Macht ist der Grundstein der internationalen Ordnung. Als illusorisch hat sich die Vorstellung von einer internationalen Ordnung erwiesen, die frei von jeglichem ideologischen Wettbewerbsgedanken auf Werten der liberalen



Demokratie beruht, so wie einige es sich gegen Ende des Kalten Krieges erträumt hatten. Die größte Finanzkrise seit 1929 hat gezeigt, wie entscheidend die Rolle des Staates für die Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte ist. Diese Regulierung muss jedoch so ausgewogen sein, dass sie Stabilität gewährleistet, ohne dabei die Entwicklung dieser Märkte zu stark zu reglementieren.

Die Neustrukturierung des internationalen Systems ist eng verbunden mit der Ausübung der Macht und den tiefen Gräben sowie wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwachpunkten, die innerhalb der Nationen selbst und zwischen diesen bestehen. Die Verschärfung der Finanz- und Wirtschaftskrise trifft nicht nur die entwickelten Länder, welche die Krise verursacht haben, sie entfaltet ihre Wirkung vielmehr, und mit größerer Intensität, unter den Entwicklungs- und Schwellenländern, wo sie sowohl den Handel als auch die Möglichkeit, Kredite zu erhalten, in Mitleidenschaft zieht.

Ein „New Deal“ müsste daher sowohl eine lange und mittelfristige Perspektive umfassen, als auch kurzfristige Maßnahmen enthalten. Sein Ausgangspunkt müsste die politische Realität sein, seine Umsetzung jedoch setzt eine tiefgreifende Veränderung der Prämissen voraus, die bisher die internationalen Beziehungen geregelt haben. Andernfalls befänden wir uns in einer Lage, wie sie von Giuseppe Tomasi di Lampedusa in „Il Gattopardo“ beschrieben wurde: „Wenn wir wollen, dass alles bleibt wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert.“

Der dritte Punkt in dieser Diskussion über einen „Global New Deal“, der mir wichtig erscheint, bezieht sich auf die internationalen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die von den

einzelnen Ländern übernommen wurden und die Rolle, die internationale Organisationen spielen.

Der multilaterale Ansatz ist hervorragend geeignet, die Beziehungen zwischen den Ländern zu regeln, indem die nationalen Strategien in Bezug auf drei zentrale Fragen aufeinander abgestimmt werden: Sicherstellung der Eigentumsrechte, Abstimmung der Antworten auf Probleme und Herausforderungen und Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Probleme und Herausforderungen. Die internationalen Regelungen vereinigen Prinzipien, Regeln und Entscheidungsprozesse, die auf dem Prinzip des Konsenses zwischen den Staaten über Fragen beruhen, welche aufgrund ihrer Tragweite die nationalen Rahmen sprengen, wie etwa der Klimawandel. Andererseits sollten die Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Regelungen ebenfalls die politischen und wirtschaftlichen Asymmetrien widerspiegeln, welche die internationale Ordnung kennzeichnen. Die Regelungen existieren nicht in einem luftleeren Raum.

Trotz der zunehmenden Normierung der Beziehungen zwischen den Staaten leben diese weiter in einer „anarchischen Gemeinschaft“, in der das Nichtvorhandensein einer Weltregierung nicht als unbeschränkter Freibrief für Alleingänge verstanden werden sollte. Die Koexistenz rechtlich gleichgestellter souveräner Staaten schafft Reibungsverluste und Widerstände, welche dem Bemühen um internationale Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse entgegenstehen. Dieses gemeinsame Interesse, das die besonderen inneren Umstände jeder einzelnen Gesellschaft berücksichtigen und zugleich Handlungsweisen fördern sollte, die die gemeinsamen Anliegen im Auge behalten, sollte die Schaffung eines allgemein akzeptierten Regelsystems bestimmen.



Eine zeitgemäße, an die jeweiligen geschichtlichen Umstände angepasste Behandlung von globalen Fragen im internationalen Bereich zeigt Schwachstellen sowohl im institutionellen Bereich als auch in Bezug auf den internationalen Rechtsrahmen auf. Diese Schwachstellen sind wiederum auf eine allgemeine Unsicherheit über die Ursachen, Dimension und die Tragweite dieser globalen Fragen zurückzuführen. Die Diskussion darüber, wie diese Fragen international geregelt werden können, sollte sich auf die Suche nach Mitteln und Wegen konzentrieren, Interessen zu schaffen, welche die Staaten in jeder Hinsicht zu einer konkreten und positiven Mitarbeit bewegen. Im Kern geht es daher sowohl um den Inhalt als auch um die Form.

Der Erfolg des Multilateralismus beruht auf der Erwartung einer „diffusen Reziprozität“, in deren Rahmen jeder Staat darauf vertraut, dass seine derzeitigen Vorleistungen auf längere Sicht mit Gegenleistungen vergolten werden, die von der Mehrzahl der anderen Teilnehmer des Arrangements akzeptiert werden. Die multilateralen Regeln stehen am Ende eines politischen und rechtlichen Reifungsprozesses.

Die Schaffung von Institutionen führte zur Relativierung der direkten Beziehung zwischen Mittel und Zweck, die bei den ersten multilateralen Vereinbarungen noch vorherrschte. Die Internationalen Organisationen haben ihre Rolle als Mittler und Vermittler für die Lösung von Fragen gemeinsamen Interesse der Staaten gestärkt, sofern sie ein spezifisches Mandat hierfür innehaben. Internationale Organisationen nehmen auch in zunehmendem Maße auf die internationale Agenda Einfluss. In dieser Rolle neigen sie jedoch dazu, die Vorherrschaft von Mitgliedern widerzuspiegeln, die in erhöhtem Maße in der Lage sind, ihre Ideen auszuformu-

lieren und ihnen Geltung zu verschaffen sowie die eigenen Interessen zu vertreten.

Wie man sehen kann, gibt es eine Tendenz zur „Territorialen Auslagerung der Entscheidungsprozesse“, die auf der einen Seite verursacht wird vom Druck zur Erfüllung der Verpflichtungen der Entwicklungsländer im Rahmen der Abkommen, denen sie beigetreten sind, zum Anderen durch die Fortschreibung des karitativen Charakters der internationalen Zusammenarbeit.

Die internationalen Verträge als Instrumente für die Lösung internationaler Probleme befinden sich heute in einer Krise, und die Bedingungen für ihre Erfüllung gestalten sich zunehmend schwieriger. Das „Umsetzungsdefizit“ der multilateralen Abkommen beruht zum Teil auf unterschiedlichen Interpretationen bei der Anwendung der Vorschriften durch die verschiedenen Akteure. Das von den Abkommen vorgesehene Beziehungsmuster erfordert einen kulturellen Wandel bei der Betrachtung der Fragen, die Gegenstand derselben sind. Die Umsetzung der Abkommen hängt davon ab, wie stark sich die Wahrnehmung der internen Situation der Staaten und der Beziehungen zwischen ihnen verändert, vor allem im Hinblick auf die Überwindung der Asymmetrien zwischen den reichen Ländern und Entwicklungsländern. Dies spiegelt sich auch darin wider, bis zu welchem Grad die getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden. Dies hängt in hohem Maße vom internen politischen Prozess ab.

Der Rückgang des internationalen Handels im Zuge der derzeitigen Krise hat in bestimmten Bereichen protektionistische Reaktionen ausgelöst. Aber niemand wird Gewinne machen, wenn er der protektionistischen Versuchung erliegt. Die protektionistische Welle bringt



Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Einwanderern und ausländischen Arbeitnehmern, die doch in allen Gesellschaften einen Beitrag zur Entwicklung leisten. Daher ist der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde auf der Grundlage der im Juli 2007 vereinbarten allgemeinen Eckdaten dringend notwendig, um die Liberalisierung des internationalen Handels voranzubringen und Subventionen, die den Wettbewerb verzerren, abzubauen.

Ich habe mit diesen kurzen Worten versucht darzulegen, wie die Krise, der wir uns gegenübersehen, das internationale System, wie wir es heute kennen, beeinträchtigt. Über die Versuche, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden und den Abschluss der Doha-Runde hinaus hat die internationale Gemeinschaft im Jahr 2007 Verhandlungen aufgenommen, um im nächsten Dezember in Kopenhagen eine breite Einigung über den Klimawandel in der Zeit nach 2012 zu erreichen. Diese gemeinsame Anstrengung erfordert die Annahme ehrgeiziger und quantifizierbarer Verpflichtungen bei der Reduktion der Emissionen von Seiten der Industrieländer. Die Entwicklungsländer können nach den von ihnen im Zuge des Rahmenabkommens über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen ein Entwicklungsmodell mit geringeren Emissionen anwenden, wenn sie dazu in der Lage sind. Die in der Konvention verankerte gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeit bedeutet nicht, dass die Entwicklungsländer keinen Beitrag leisten sollen, um die zunehmende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu bekämpfen. Zu meinen, dass diese Differenzierung der Verantwortlichkeiten überwunden sei, bedeutet den historischen Prozess zu leugnen, der durch die industrielle Revolution ausgelöst wurde.

Auf politischer Ebene prägt ein neues Macht-

gefüge die Gestaltung der internationalen Ordnung. Trotz der technologischen, militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit der USA und seiner Unternehmen haben inhärente Schwächen der Funktionsfähigkeit ihres politischen Systems den absoluten Charakter dieser Überlegenheit in Frage gestellt, der seit Jahrzehnten bestand und sich während der 90er Jahre weiter zu festigen schien. Die Idee einer unipolaren Welt machte, vor allem vor dem Hintergrund der Implikationen der Kriege im Irak und in Afghanistan, einer multipoligen Ordnung Platz - oder einer pyramidenförmigen Struktur - die verschiedene, wenn nicht sogar denen der USA entgegengesetzte Interessen umfasst. Die Europäische Union, China, Russland, Südafrika, der Iran, Indien und Brasilien erscheinen auf ihre jeweils spezifische Art und Weise auf der internationalen Bühne, mit Interessen und Erwartungen, die der momentanen politischen und wirtschaftlichen Lage ihrer Gesellschaften entsprechen. Deutschland kommt innerhalb und außerhalb des europäischen Kontextes eine herausragende Bedeutung zu. Die Vereinigten Staaten sind ein unverzichtbarer Akteur. Bei der Lösung von Problemen im Bereich Handel, Sicherheit und Umwelt jedoch auch auf die Anderen angewiesen. Die Unipolarität muss mit der Multipolarität leben.

Angesichts dieses Szenarios müssen die internationalen Institutionen ihre Regelungssysteme grundlegend reformieren. Die internationale Krise hat die Notwendigkeit aufgezeigt, Gruppen wie die G-8 zu aktualisieren und Gelegenheiten zum Gespräch, wie sie sich beispielsweise beim kürzlichen Gipfel der G-20 in London geboten haben, einen erhöhten Stellenwert beizumessen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss um neue ständige und nichtständige Mitglieder erweitert werden. Seine Effektivität hängt an der Fähigkeit,



die richtigen Entscheidungen zur rechten Zeit zu treffen und sie durch die Staaten umsetzen zu lassen. Sie hängt ferner mit seiner Fähigkeit zusammen, aus einer großen Meinungsvielfalt heraus Konsens oder breite Zustimmung zu erzielen. Der Sicherheitsrat handelt aus den Befugnissen heraus, die ihm die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen abgetreten haben. Im Rahmen der G-4 halten Deutschland und Brasilien diese Reform ebenso wie Japan und Indien für erforderlich.

Ein „Global New Deal“ muss also von einer großen und innovativen Vision der internationalen Realität ausgehen. Er muss Unterschiede berücksichtigen, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Sein Erfolg wird an Fortschritten bei der Bekämpfung sozialen Elends wie Kindersterblichkeit, Hunger, chronische Krankheiten,

Pandemien und der Arbeitslosigkeit gemessen werden. Der wirtschaftliche Fortschritt beruht nicht nur auf dem Gewinn der Unternehmen, sondern wird auch an sozialen Chancen gemessen, die sich außerhalb einer bestimmten Branche oder Gesellschaftsschicht eröffnen.

Der Präsident der Weltbank wies kürzlich darauf hin, dass Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer heute „kein Almosen darstellt, sondern einen Beitrag zum Erhalt der politischen Stabilität der Welt“, zumal „diese Volkswirtschaften die aktuelle Krise nicht verursacht haben“.

BIBLIOGRAPHIE

BULL, Hedley. *A Sociedade Anárquica*. (Trad.: Sérgio Bath) Brasília: Editora da Universidade de Brasília, Instituto de Pesquisa de Relações Internacionais; São Paulo: Imprensa Oficial do Estado de São Paulo, 2002.

GELB, Leslie. *Power Rules*. New York: HarperCollins, 2009.

JERVIS, Robert. *Security Regimes*. In KRASNER, Stephen D. (ed.). *International Regimes*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1983.

KRASNER, Stephen D.. *Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables*. In KRASNER, Stephen D. (editor) *International Regimes*. Ithaca and London: Cornell University Press, 1983.

ZOELLICK, Robert. *Speech at the Opening of the Annual Conference of the World Bank*. Washington, April, 2009.